54. Jahrgang. № 305. Mittwoch, 3. November 1909.

Bezugsgebühr vierteljährl. für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung (an Sonn- und Montagen nur einmal) 2,50 Mk., durch auswärtige Kommissionäre 3,50 Mk. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 Mk. (ohne Bestellgeld). Die den Lesern von Dresden u. Umgebung am Tage vorher zugestellten Abend-Ausgaben erhalten die auswärtigen Bezieher mit der Morgen-Ausgabe zusammen zugestellt. Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdn. Nachr.") zulässig. — Unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden. Fernsprecher: 11 • 2096 • 3601.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.

Anzeigen-Tarif

Lobeck & Co. Hoflieferanten Sr. Maj. d. Königs v. Sachsen. | **Dreiring-Cacao.** Einzelverkauf: Dresden Altmarkt 2.

Zu **Weihnachtsgeschenken** empfehlen wir Kronleuchter, Tischlampen, prächtige Bronzefiguren mit Beleuchtung, Klingeltaster, Türschilder, Briefkastenschilder. **Ebeling & Croener, Bankstrasse 11.**

Buchholz-Hüte Annenstrasse 28 Neu eröffnet: Wettinerstr. 21.

Kronleuchterfabrik Kretzschmar, Bösenberg & Dresden, Serrestr. 5 u. 7, nahe der Fernsprechplatzes.

Lederwaren. Reise-Artikel. Weitgehendste Auswahl in Gebrauchs- und Luxus-Lederwaren. **Adolf Näter,** Grösstes Lederwaren-Spezialgeschäft 26 Prager Strasse 26.

Für eilige Leser.

Mutmaßliche Witterung: Mild, regnerisch.

Der König wird sich, wie verlautet, am 10. d. M. zu mehrtägigem Jagdaufenthalt nach Sibyllenort begeben.

Gegen die Schiffahrtsabgaben hat sich eine in Bingen abgehaltene große Versammlung des Verbandes der hessischen Verkehrsvereine ausgesprochen.

Die Cholera in Ostpreußen greift weiter um sich.

Diebe erbrachen in Saint Julienne-Beychevelle (Gironde) die Gruft des französischen Zweiges der Familie Heine.

Stolypin erklärte seine Absage an die Oktobristen.

Mindestens 26 Konservative, 24 Nationalliberale, 8 Freisinnige und 22 Sozialdemokraten im sächsischen Landtage!

Das sind die Ergebnisse der Wahlen, die bis gestern nachts 12 Uhr vorlagen. In der Hauptwahl am 21. Oktober und in den vorangegangenen vereinzelten Stichwahlen der letzten Tage waren bis vorgestern abend gewählt: 14 Konservative, 11 Nationalliberale, 17 Sozialdemokraten, 2 Freisinnige, und es machten sich noch 47 Stichwahlen erforderlich. Die letzten 11 Stichwahlen finden heute und morgen statt. Merkwürdig ist, daß trotz vielseitiger Umfrage, auch an amtlichen Stellen, mit Sicherheit nur sehr schwer festzustellen war, wieviel Wahlen gestern stattfanden und wieviel Stichwahlen heute und morgen noch vorzunehmen sind. Zur Stichwahl standen überhaupt 23 Konservative, 31 Nationalliberale, 8 Freisinnige, 54 Sozialdemokraten.

Durch die noch ausstehenden Resultate kann an dem Stärkeverhältnis der Parteien, wie es sich durch die bis jetzt vollzogenen Wahlen herausgestellt hat, im allgemeinen nur wenig geändert werden. Nach Wahrscheinlichkeitsberechnungen werden alle beteiligten Parteien auf noch 3 bis 4 Sitze rechnen können. Freisinnige kommen bei den Stichwahlen nicht mehr in Betracht; dagegen sind ihre sämtlichen 8 Kandidaten, die in die Stichwahl kamen, durch Hilfe von links und rechts gewählt.

Die Parteien wiesen im vorigen Landtage folgende Stärken auf: 45 Konservative, 31 Nationalliberale, 3 Freisinnige, 2 Reformer, 1 Sozialdemokrat. Die von der Sozialdemokratie errungenen Erfolge bilden eine Ueberraschung für alle die, welche sich auf Schätzungen über die Wirkung des neuen Wahlgesetzes eingelassen haben. Die Erwartungen auf nationalliberaler Seite, die auf einen großen Zuwachs an eigenen Sitzen und auf die parlamentarische Vorherrschaft gerichtet waren, sind getäuscht; die erhoffte Ernte auf Grund des neuen liberaleren Wahlrechts ist hauptsächlich der Sozialdemokratie und zum Teil dem weiter linksstehenden Freisinn zugefallen. Anderseits sind die Abschätzungen der Wirkungen des neuen Wahlrechts auch auf konservativer Seite, wie sie während der Beratung des Wahlgesetzes im vorigen Landtag stattfanden und bei denen der Eintritt von 12 bis 15 Sozialdemokraten in die Kammer angenommen wurde, weit überholt. Und selbst die Regierung wird, als sie dem Pluralwahlsystem in der jetzigen Fassung zustimmte, eine so weitgehende Wirkung im liberalen Sinne, die der Sozialdemokratie eine so hohe Zahl von Sitzen einräumt, nicht vorausgesehen haben.

Ausgezeichnet national hat sich bei den gestrigen Stichwahlen Dresden erwiesen. Mit mustergültiger Einmütigkeit sind die konservativen Wähler für die nationalen Kandidaten eingetreten, so daß Dresden im Landtage von 4 Nationalliberalen, 1 Freisinnigen und 2 Sozialdemokraten vertreten sein wird. Leipzig entsendet 4 Nationalliberale und 3 Sozialdemokraten.

120 Millionen Abstriche

hat der neue Reichsschatzsekretär Herr Wermuth bereits jetzt an den Forderungen der einzelnen Ressorts für den Reichshaushaltsetat 1910/11 vorgenommen, und bis zur Fertigstellung des Etatvoranschlages in der dem Reichstage vorzulegenden Gestalt werden die Blau- und Rotstifte des Reichsschatzamtes wohl noch weiter in Tätigkeit treten. Das ist ein starker Tropfen Wermut in den Becher der Mehransprüche der verschiedenen Verwaltungen, die offenbar nicht ganz frei von einer gewissen sanguinischen Betrachtungsweise der finanziellen Lage unter dem Einflusse der aus der Reichsfinanzreform zu gewärtigenden Mehreinnahmen geblieben waren. Um so anerkennenswerter ist der Dämpfer, den der neue Herr im Reichsschatzamte durch die energische Handhabung seiner finanziellen Vormachtstellung von vornherein einer derartigen überschwenglichen Auffassung aufgesetzt hat. Es ist dadurch gleich im ersten Stadium der Vorbereitungen zum Etat die notwendige Klarheit darüber geschaffen worden, daß das Reich auch nach der Verabschiedung der Finanzreform keineswegs in der Lage ist, aus dem Vollen zu wirtschaften, sondern daß es in jeder Hinsicht darauf angewiesen ist, sich in allen seinen Aufgaben auf das äußerste zu beschränken und die strengste Sparsamkeit auf allen Gebieten sich zur obersten Richtschnur zu machen. Das hiermit vom Reichsschatzamte gegebene Beispiel weiser finanzieller Zurückhaltung verdient ungeschmälerte Anerkennung, und es bleibt nur zu wünschen, daß die Mehrheit des Reichstages dem amtlichen Vorbilde nachzueifern bestrebt ist und ihrerseits alle Fehler vermeidet, die zu einer Erschütterung der wohlerwogenen Sparsamkeitsgrundsätze der Regierung führen könnten. Namentlich wird der Reichstag sich hüten müssen, wieder in die üble Gewohnheit zurückzufallen, die nötige Vorsicht bei der Abschätzung der Einnahmen außer acht zu lassen. Wiederholt ist es in den Zeiten der Finanzmisere vorgekommen, daß die Einnahmen vom Parlament ohne sachliche Begründung trotz des Einspruchs der Regierung hinaufgesetzt wurden, bloß um den künstlichen Effekt eines Ausgleichs im Etat herbeizuführen, der dann durch die tatsächlichen Ergebnisse des Finanzjahres in sein Gegenteil verkehrt wurde. Daneben ist insbesondere ein Verzicht auf die früher beliebte Methode der Forcierung der sogenannten Kulturaufgaben erforderlich, mit denen namentlich von der radikalen Linken, aber auch von ultramontaner Seite ein erheblicher agitatorischer Mißbrauch getrieben zu werden pflegte. Die „Köln. Ztg." hatte durchaus recht, wenn sie kürzlich betonte, daß man aus der Lage unerbittlich die Konsequenz ziehen müsse, auch nützliche Anforderungen, die nicht unbedingt notwendig sind, auf bessere Zeiten zurückzustellen. Die Verhältnisse liegen so, daß mit der Sparsamkeit endlich einmal ganze durchgreifende Arbeit gemacht werden muß, damit wir nicht in kurzer Frist wieder vor der Aussicht stehen, die Steuerschraube abermals in Bewegung zu setzen und die politischen Leidenschaften in noch verstärktem Maße zu entfesseln. Die Regierung hat einen guten Anfang gemacht, indem sie durch ihre starken Abstriche in klarer und überzeugender Form ihren festen Willen zur Sparsamkeit bekundete. Nunmehr ist es Sache der Volksvertretung, dem Reichsschatzamte auf diesem Pfade verständnisvoll zu folgen und alle anderen als rein sachlichen Erwägungen bei der Behandlung des Etats auszuschalten. Tut die Mehrheit des Reichstages nach dieser Richtung ihre Schuldigkeit, so wird jetzt endlich nach langem Hangen und Bangen in schwebender Anleihepein der bedeutsame Augenblick eintreten, wo das Reich imstande ist, sich zur Deckung seiner Bedürfnisse ohne weitere Belastung seines Kredits mit den ihm zur Verfügung stehenden eigenen Einnahmen zu behelfen. Je konsequenter in diesem Geiste fortgearbeitet wird, desto mehr werden wir uns auch finanziellen Zuständen nähern, die eine praktisch brauchbare Grundlage für die als letztes Ziel unverrückt im Auge zu behaltende pekuniäre Selbständigmachung des Reiches nach Bismarck-Miquelschem Muster unter völliger Beseitigung der Matrikularbeitragspflicht der Einzelstaaten schaffen. In den Kreisen der einzelstaatlichen Finanzverwaltungen herrscht nach wie vor Einstimmigkeit darüber, daß die gänzliche Aufhebung des Matrikularsystems, die reinliche Scheidung zwischen den Finanzen des Reiches und seiner Glieder eine nationale Notwendigkeit ist, die früher oder später trotz aller Widerstände ebenso verwirklicht werden muß, wie die jetzige Reichsfinanzreform.

Neueste Drahtmeldungen

vom 2. November.

Prinz Heinrichs Abschied von der Hochseeflotte.

Berlin. (Priv.-Tel.) Prinz Heinrich hat sich mit folgendem Tagesbefehl von der Hochseeflotte verabschiedet, als er von deren Leitung zurücktrat: „Unerschrockenheit, zielbewußte, stille, nur auf den Ernstfall gerichtete Arbeit, Verschwiegenheit, straffe Disziplin bei Wohlwollen der Vorgesetzten gegen die Untergebenen, treue Kameradschaft, diese Tugenden haben in immer höherem Maße Offiziere und Besatzung der Hochseeflotte auch künftig auszeichnen. Mit diesem Wunsche lege ich mein Kommando am heutigen Tage auf Allerhöchsten Befehl Sr. Majestät des Kaisers und Königs nieder. Ein Kommando, auf das ich stolz war, welches aufzugeben mir unendlich schwer wird und auf welches ich zurückblicke dankerfüllten Herzens gegen alle meine bisherigen Untergebenen."

Zur Frage der Schiffahrtsabgaben.

Berlin. (Priv.-Tel.) Gegen die Einführung von Schiffahrtsabgaben hat sich eine in Bingen abgehaltene große Versammlung des Verbandes der Hessischen Verkehrsvereine ausgesprochen. Den Bericht über die geplante Einführung von Schiffahrtsabgaben erstattete Kommerzienrat Schmahl-Mainz, der die Erklärung abgab, daß bei der augenblicklichen Sachlage das Großherzogtum Hessen den Ausschlag im Bundesrat gebe und allein dafür zu sorgen vermöge, daß die Schiffahrtsabgaben nicht kämen. Bayern und Württemberg seien für die Abgaben gewonnen, und nur Sachsen, Baden, Hessen und einige thüringische Staaten wären noch dagegen. Sachsen müsse gegen die Abgaben sein, weil die Schiffahrt auf der Elbe durch diese schwer bedrückt würde. Auch sei zu befürchten, daß die Industrie nach Oesterreich abwandere, ebenso wie sie vom Oberrhein und Mittelrhein nach der Schweiz abwandern würde, da durchgehende Güter von den Abgaben freibleiben sollten. Eine Erklärung gegen die Einführung von Schiffahrtsabgaben wurde einstimmig angenommen. Nur Freiherr v. Heyl enthielt sich der Abstimmung.

Kieler Werftprozeß.

(Vergl. Vermischtes.)

Kiel. (Priv.-Tel.) Der Vorsitzende hält dann dem Angeklagten Chrunst vor, daß er Wiegezettel zerrissen und durch neue ersetzt haben soll. Der Angeklagte bestreitet das. Ein Geschworener macht den Vorsitzenden darauf aufmerksam, daß der Angeklagte Riecken den anderen Angeklagten wiederholt zugeflüstert habe, was sie aussagen sollen. Der Vorsitzende untersagt das dem Angeklagten; sie dürften nicht miteinander sprechen und sich nicht zustecken, was sie aussagen wollten. Der Vorsitzende hält dann dem Angeklagten Chrunst weiter vor, daß einmal sechs große Schraubenflügel an das Magazin abgeliefert worden sind, und fragt, ob er diese gewogen habe. Angekl.: Ja. Vors.: Haben Sie alle sechs gewogen? Angekl.: Nein, nur einen. Die Schraubenflügel waren alle gleich, deshalb habe ich nur einen gewogen. Vors.: Sie haben dann ein Gewicht von 10 500 Kilogramm angegeben? Angekl.: Ja. Ein Geschworener fragt, ob es sich um große Differenzen bei diesen Flügeln gehandelt habe. Vors.: Ja, um sehr große. Die sechs Flügel haben beim Verkauf in Wirklichkeit 15 000 Kilogramm gewogen. Der Angeklagte hat jeden Flügel mit 1750 Kilogramm berechnet, während er in Wirklichkeit 2500 Kilogramm wog. Der Angeklagte behauptet, daß er richtig gewogen habe. Vors.: Sind Sie vielfach krank gewesen? Angekl.: Ja. Vors.: Sie haben sich im Jahre 1905 einmal plötzlich gesund gemeldet, als der Verkauf von Altmaterial in Aussicht stand. Der Angeklagte bestreitet das. Vors.: Im vorigen Jahre waren Sie auf Kosten der Werft in Teplitz? Angekl.: Nein, auf meine Kosten. Vors.: Sie haben aber von der Werft eine Unterstützung zu der Reise bekommen? Angekl.: Ja. Vors.: Sie wurden dann in Teplitz verhaftet und ausgeliefert. An der Grenze wurden Sie von einem Schutzmann in Empfang genommen? Angekl.: Ja, in Bodenbach. Er habe gar nicht gewußt, was mit ihm los war. Der Vorsitzende hält dem Angeklagten vor, daß er dem Schutzmann gegenüber zugegeben habe, er sei schuldig. Angekl.: Ich war furchtbar kaput. Vors.: Ist Ihnen das Protokoll, was Sie unterschrieben haben, nicht vorgelesen worden? Angekl.: Der Schutzmann hat wohl etwas gemurmelt, ich habe aber nichts verstanden. Vors.: Ehe man etwas unterschreibt, überlegt man sich aber doch die Sache, auch wenn man krank ist. Sie mußten doch wissen, daß es um Kopf und Kragen geht. Haben Sie jemals von Frankenthal oder Jacobsohn Zuwendungen bekommen? Angekl.: Von Frankenthal habe ich mir einmal Geld geborgt. Vors.: Haben Sie von Frankenthal auch einmal eine Gans und eine Torte bekommen? Angekl.: Ja, ich habe sie aber bezahlt. Vors.: Sie sind auch einmal mit Frankenthals Wagen spazieren gefahren? Angekl.: Ja, mit meiner Familie und einigen Bekannten. Frankenthal sagte: der Fuchs sieht auf der Werft und hat nichts zu tun, es werden ihm nur die Beine steif, wollen Sie nicht einmal spazieren fahren? Ich habe das dann getan, es fahren ja auch andere Beamte mit solchen Wagen. Ich habe den Frankenthal behandelt wie jeden anderen Lieferanten oder Abnehmer, manchmal auch schroff. Ich habe oft eingegriffen, wenn er sich besseres Material aussuchen wollte, und sagte: Ich lasse Sie sofort ablösen, wenn das nicht anders wird. Der Staatsanwalt fragt, ob der Angeklagte nicht die anderen Beamten nennen wolle, die auch mit Wagen von Abnehmern spazieren fuhren? Angekl.: Nein, man sieht das aber öfters.

Naumann Kühnscherben Seidel & Naumann, Dresden-A. Struvestrasse 9.